

Gastkolumne

Hängen die Tech-Giganten bald unsere Unis ab?

Konzerne wie Google, Apple oder Amazon verfügen über Daten, von denen Sozialwissenschaftler nur träumen können



Katja Rost

Kürzlich fragte mich eine Journalistin, was ich von einer Studie der Universität Warwick halte. Auf den ersten Blick ist die Untersuchung eindrücklich: Die britischen Forscher haben für die Jahre 2015 bis 2017 insgesamt 3335 tätliche Angriffe gegen Flüchtlinge in Deutschland mit 290 854 Kommentaren auf der Facebook-Seite der rechten Partei AfD kombiniert. Es sollte ermittelt werden, ob Echokammern in sozialen Netzwerken Aggressionen gegen Migranten begünstigen. Ein relevantes Thema. Leider sind die Daten für die Fragestellung ungeeignet.

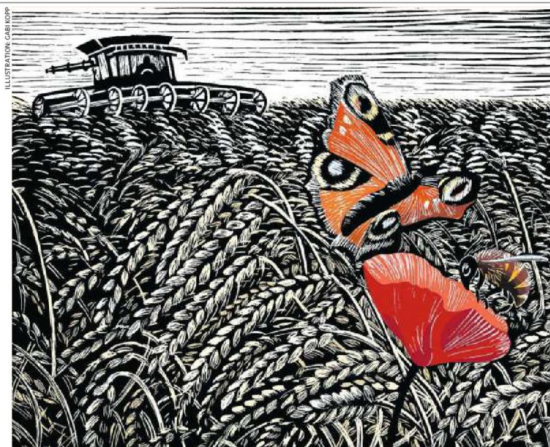
So fehlen Informationen darüber, wer an den Angriffen beteiligt war und wer auf der AfD-Seite Hasskommentare äusserte. Aufgezeigt werden nur vage Zusammenhänge zwischen der Zahl der Angriffe gegen Migranten in einer Gemeinde und der Zahl der AfD-Kommentare aus dieser Gemeinde. Damit entlarvt sich die Studie auf den zweiten Blick als viel Aufwand ohne Ertrag. Die Frage der Echokammern bleibt unbeantwortet.

Trotzdem entspricht die Studie dem neuesten Stand empirischer Forschung in den Sozialwissenschaften. Die Wissenschaftler tun ihr Bestes, um die Daten auszuwerten, die Unternehmen wie Facebook, Google, Amazon oder Apple horten. Die Crux für die Forscher ist, dass sie oft nur Zugang zu

öffentlich verfügbaren Daten haben. Diese Überbleibsel werden auf mittelalterlich anmutende Weise aus dem Netz zusammengeklaut und rückwirkend dekodiert. Gesellschaftlich relevante Fragestellungen bleiben unbeantwortet. Das ist tragisch, lässt sich aber erdulden.

Eine viel bedenkllichere Auswirkung besteht darin, dass die Silicon-Valley-Giganten den Universitäten immer mehr den Rang in der Vorherrschaft um Wissen ablaufen. Und zwar auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften, nicht nur in der Informatik oder in den Ingenieurwissenschaften. Die Tech-Giganten haben in den letzten Jahren in rasantem Tempo gewaltige Expertisen aufgebaut, um die aus ihren Geschäftsmodellen anfallenden Datenmengen auszuwerten und für neue kommerzielle Anwendungen nutzbar zu machen. Mit einer Infrastruktur, von der die Sozial- und Geisteswissenschaften nur träumen können.

Riesige interdisziplinäre Teams arbeiten mit Algorithmen, mit Machine-Learning oder Data-Mining an Hochleistungscomputern. Die Monopolisten aus dem Silicon Valley bieten hierfür nicht nur tolle Forschungsstrukturen, sondern auch ein akademisch anmutendes Arbeitsumfeld, das geprägt ist von Autonomie, Wissensaustausch und Internationalität – zu fürstlichen Konditionen und gegen exorbitante Gehälter. Kein Wunder, dass der hochqualifizierte akademische Nachwuchs auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften mittlerweile an vielen Universitäten fehlt. Vereinzelte Vorzeigeprojekte in der Forschung, die ähnliche Ressourcen – allerdings nur ansatzweise und zeitlich begrenzt – zur Verfügung stellen, gibt es nur in einem Bruchteil der Wissenschaft. Man findet sie nur selten in den eher tief-



Die Deutungshoheit über die Welt sollte aber nicht in der Hand von wenigen globalen Technologiekonzernen liegen.

mütterlich behandelten Sozial- und Geisteswissenschaften.

Die Deutungshoheit über die Welt sollte aber nicht in der Hand von wenigen globalen Technologiekonzernen liegen. Die Deutungshoheit über die Welt sollte aber nicht in der Hand von wenigen globalen Technologiekonzernen liegen. Die Deutungshoheit über die Welt sollte aber nicht in der Hand von wenigen globalen Technologiekonzernen liegen.

Eine andere Lösung bestünde darin, sich auf jene Gebiete zu konzentrieren, welche die Tech-Giganten nicht bedienen. Etwa auf die Vielfalt sozial- und geisteswissenschaftlicher Themen, Theorien und empirischen Arbeitsweisen. In demokratischen Gesellschaften muss der gesellschaftliche Diskurs verschiedene Standpunkte und Sichtweisen spiegeln. Nicht nur jene einer technokratischen Minderheit. Derzeit verfolgt die Forschungspolitik aber oft das Gegenteil: Infolge fehlender Studentenmassen wird die Vielfalt in den Sozial- und Geisteswissenschaften wegrationalisiert oder sinnentleert. Das ist strategisch ein grosser Fehler. Auch der radikalste technologische Fortschritt erreicht irgendwann seinen Höhepunkt. Spätestens ab dann muss die neugeschaffene Wert schöpfungsordnung der Wirtschaft auch gesellschaftlich gestaltet werden. Wenn da aber die Vielfalt fehlt, haben demokratische Gesellschaften keine Chance.

Katja Rost ist Soziologieprofessorin an der Universität Zürich.

Medienkritik

Medienstellen kann man auch ignorieren



Ronnie Grob

Zwei Jahre lang bittet Sarah Serafini vergeblich um die Erlaubnis der Schweizerischen Bundesbahnen, als Journalistin ein SBB-Minibar-Wägelchen zu begleiten. Ihr Anliegen ist völlig harmlos: Sie will einen Teil der öffentlichen Realität sehen und darüber schreiben. In einem Artikel auf Watson dokumentiert sie, wie sie von der SBB-Medienstelle mit allerlei Ausflüchten eingehalten wird.

In vielen Medienstellen arbeiten heute Ex-Journalisten, die sich schon als Redaktoren eher darin gefielen, Ideen zu verhindern, als sie zu ermöglichen – das ist nämlich einfacher und bequemer. Mit jedem dieser Vereitler nimmt die Medienfreiheit ein Stück ab: Im konkreten Fall bleibt der Alltag des Minibar-Angestellten unbeschrieben. Der Bürger erfährt etwas weniger von der Welt.

Redaktionen sollten darum wieder öfter recherchieren, ohne vorher eine Medienstelle zu involvieren. Welche Journalistin wagt es, mit einem Schreibblock in der Hand einfach einmal eine Zugfahrt lang der Minibar zu folgen? Wird die SBB den Zug stoppen? Ihr ein lebenslanges Reiseverbot aussprechen? Ihre künftigen Anfragen nicht mehr beantworten? In der Regel passiert gar nichts, wenn man die Medienstelle ignoriert. Allfällige Boykotte oder Nachteile sollten Journalisten konsequent öffentlich machen. Journalismus ist erlaubt, kein potenzielles Verbrechen. Das muss nicht nur eine Staatsfirma wie die SBB begreifen, sondern jede Firma, die Geschäfte macht in einer freien Demokratie.

Als ich jüngst privat von den SBB einen Billettpreis anforderte, der nicht auf der Website verfügbar war, erhielt ich diese Antwort: «Zurzeit erreichen uns etwa 1000 E-Mails pro Tag. Aus diesem Grund kann Ihre Anfrage nicht bearbeitet werden.» Es wäre mir lieber, die SBB würden mir eine Auskunft erteilen, statt mir eine zu verwehren. Auch als Bahnkunde.

Ronnie Grob ist Redaktor beim «Schweizer Monat». (ronniegrob@gmail.com)

49 Prozent

Flirtenden Männern gehört die Zukunft



Patrick Imhasly

Das Singledasein wurde vom Leitbild zum Leitbild, erklärte kürzlich der Familiensoziologe François Höpflinger in der «Schweiz am Wochenende». Er kommentierte damit den Umstand, dass neuerdings die Zahl der Scheidungen hierzulande zurückgeht, während die traditionelle Ehe Aufwind erhält. Der Anteil der – offenbar oft unfreiwilligen – Singles in den Gesellschaften der westlichen Welt bleibt aber hoch.

In Europa und in den USA sind bis zu 35 Prozent der erwachsenen Menschen Single oder sie geben zumindest an, nicht in einer Partnerschaft zu leben. In der Schweiz ist laut dem Bundesamt für Statistik in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen jede

sechste Frau Single. Bei den gleichaltrigen Männern lebt sogar jeder vierte als Single.

Weshalb tun sich bei uns ausgerechnet junge Männer so häufig schwer damit, eine Partnerin zu finden? Für Feminismuskritiker ist der Fall klar: Schuld ist die Emanzipation der Frauen, weil sie die Männer zur Schnecke gemacht habe. Demnach wollen immer weniger Männer mit einer Frau zusammenleben und sie heiraten, weil sie meinen, in einer festen Beziehung nur verlieren zu können: Verheiratete Väter seien Witzfiguren statt Respektspersonen, sie hätten weniger Sex, verlören ihre Freunde und müssten irgendwann bei der Scheidung auch noch Kinder und Geld abliefern.

Jetzt hat sich der zyprische Anthropologe Menelaos Apostolou aus psychologischer Sicht mit den Gründen des Singledaseins von Männern beschäftigt. Er kommt zu völlig anderen Schlüssen: Viele Männer fänden keine Frau, weil sie schlicht und einfach das Flirten verlernt hätten. Für seine Untersuchung hat Apostolou 6800 Antworten von Männern auf jene zentrale Frage analysiert, die ein unbekannter User 2017 auf Reddit aufwarf – einer Website, auf der registrierte Nutzer eigene Inhalte einstellen können: «Jungs, warum seid ihr Single?»

Die Antworten erlauben einen tiefen und ungeschminkten Blick in die Männerseele. Die am häufigsten genannten Gründe betreffen das eigene Aussehen: «Ich bin extrem hässlich – verflucht mit einer schrecklichen genetischen Ausstattung», sagte einer von ihnen. Vielen Männern mangelt es an Selbstbewusstsein, wie diese Aussage belegt: «Selbstvertrauen ist der Schlüssel, und ich stehe vor verschlossener Tür.» Manche Männer geben unumwunden zu, dass ihnen das Talent zum Flirten fehlt: «Mein IQ fällt auf 40, sobald ich mit einer Frau spreche», sagte einer. Andere unternehmen eher etwas zu wenig: «Auf dem Weg von meinem Schlafzimmer in die Küche und zurück laufen mir leider nicht allzu viele Frauen über den Weg.» Und dann gibt es jene, die ein grundsätzliches Problem haben: «Für das, was ich zu bieten habe, sind meine Ansprüche einfach zu hoch.» Oder: «Meine Persönlichkeit ist radioaktiv versucht.»

Menelaos Apostolou ist überzeugt, dass die meisten dieser Männer in vorindustrieller Zeit niemals Single geblieben wären.



«Mein IQ fällt auf 40, sobald ich mit einer Frau spreche», sagte einer.

Beziehungen zwischen Männern und Frauen seien damals von den Familien arrangiert worden. Um eine Frau zu kriegen, mussten sich die Männer keine Mühe geben, Flirtqualitäten bei Männern waren irrelevant. Die traurige Folge davon ist, dass die sozialen Fähigkeiten der Männer heute nicht dem entsprechen, was es braucht, um unter den herrschenden Lebensumständen einen halbwegs guten Eindruck auf Frauen zu machen.

Nun kann man sagen, solche evolutionsbiologischen Theorien seien an den Haaren herbeigezogen. Beweisen lassen sie sich sowieso nicht. Aber das spielt auch gar keine Rolle. Entscheidend ist vielmehr, dass hier das Gesetz der Opportunität seine Wirkung entfaltet: Wenn heutzutage so viele Männer nicht flirten können, dann bieten sich jenen paar glücklichen, die zumindest eine leise Ahnung davon haben, unbegrenzte Möglichkeiten bei den Frauen. Hätte ich etwas Geld auf der hohen Kante, würde ich es in einen Flirtkurs für Männer investieren.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

NZZ am Sonntag

Sommerzeit

Die Populisten aus der EU-Zentrale

Besser hätten die Funktionäre der EU nicht demonstrieren können, was sie für ein seltsames Verständnis von direkter Demokratie pflegen. Eine Online-Umfrage unter den EU-Bürgern zur offenbar hochrelevanten Frage über die Abschaffung der Winterzeit hatte diese Woche zu einem klaren Ergebnis geführt. 84 Prozent sprachen sich für die Abschaffung aus, worauf EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker grossspurig verkündete: «Die Leute wollen das, also machen wir das.» «Die Leute», von denen Juncker spricht, das sind gerade 0,89 Prozent der EU-Bürger. So viele haben bei der Umfrage mitgemacht, zwei Drittel aller Teilnehmer stammen aus Deutschland. Jede Erhebung mit einer derart miesen Stichprobe wäre ein Fall für den Schredder, bei der EU ist es ein politischer Auftrag. Die Kommissare aus Brüssel outen sich damit als billige Populisten. Denn wenn Politik so einfach wäre, dann sollte die EU das Volk dringend auch zu ein paar anderen Themen befragen. Ob man weiter Flüchtlinge in Europa aufnehmen wolle zum Beispiel, oder ob man die Finanzhilfe für Mitgliedstaaten stoppen solle. Viele Bürger hätten dazu sicherlich eine Meinung. Die Frage ist, ob Juncker danach auch selbstbewusst vor die Mikrofone treten und sagen würde: «Die Leute wollen das, also machen wir das.» *Michael Furger*

SRG

Gut, denkt der Generaldirektor unternehmerisch

Die SRG muss 100 Millionen Franken jährlich einsparen, dies hat Generaldirektor Gilles Marchand am Abend der gewonnenen «No Billag»-Abstimmung versprochen. Es ist ihm hoch anzurechnen, dass er dabei unternehmerisch denkt. Eine mögliche Massnahme ist die Verlegung von Teilen des Radiostudios von Bern nach Zürich. Vom Umzug betroffen wären 170 Stellen, das soll 5 Millionen pro Jahr einsparen. Dagegen regt sich Widerstand von links bis rechts, wobei mit Schlagworten wie «Verzürcherung» und «Einheitsbrei» hantiert wird. Die Alternative ist düster: Erfolge der Einsparungen nicht über tiefere Infrastrukturkosten, muss die SRG wohl Journalisten entlassen. Zudem spielt es für die Auslandberichterstattung keine Rolle, ob Beiträge in Bern oder Zürich entstehen; die Radio-Inland-, Bundeshaus- und Regionalredaktionen werden weiterhin von Bern aus berichten. Es stimmt auch nicht, dass Zürich immer nur gewinnt. So wurde die Elefantenrunde an Abstimmungssnortwagen vom Leutschenbach nach Bern verlegt. Und die Abteilung Kultur von SRF ist nun in Basel zu Hause, wo sie einen neuen Hauptsitz bekommt. Auch für SRG-Angestellte gilt: Die einzige Konstante im Medien-geschäft ist der Wandel. *Christian Jungen*

FC Basel

Rotblauer Scherbenhaufen

Verjüngen, verkleinern, verbaslern – mit diesem Konzept hat der Unternehmer Bernhard Burgener vor anderthalb Jahren den FC Basel übernommen. Spätestens seit dem Verpassen der Europa League ist klar, dass Burgener krachend gescheitert ist. Sein Konzept funktioniert nicht, wenn die sportlichen Ansprüche gleich bleiben. Der Film- und Sportrechtshändler Burgener glaubte, er könne als Fussballneuling den FCB wie seine anderen Geschäfte führen – ein Irrglaube. Er startete sein Projekt mit drei Greenhorns, einzig der Sportchef Marco Streller ist übrig geblieben. Und ein rotblauer Scherbenhaufen. Bis er aufgekehrt ist, wird viel Zeit nötig sein. Und ein Präsident, der die operative Führung mit mehr Fussballkompetenz versieht. *Stephan Ramming*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Es geht nicht um Abschottung, es geht um die Rechte der Arbeitnehmer

Die Schweizer Gewerkschaften setzen sich für nichtdiskriminierende Arbeitsmärkte ein – mit effektivem Lohnschutz. Letztlich hängt davon sogar das europäische Projekt ab, **meint Vania Alleva**

Gewerkschaften verteidigen die Interessen der Arbeitenden gegenüber dem Profitstreben der Unternehmen. Eine Strategie protektionistischer Abschottung ist da zum Scheitern verurteilt. Das hat die Gewerkschaftsbewegung in ihrer über 150-jährigen Geschichte immer wieder schmerzhaft erlebt.

Auch in der Schweiz. Hier führte die rassistische Spaltung der Arbeitnehmerschaft und der darauf aufbauende korporatistische Arbeitsfrieden in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in ein soziales Debakel: Eine stets wachsende Zahl von kontingierten, praktisch rechtlosen und damit billigen Saisoniers, von Sans-Papiers und Schwarzarbeitern bezahlte mit miesen Arbeits- und Existenzbedingungen für Wachstum und Extraprofite der Firmen.

Die Folgen waren nicht nur für die diskriminierten Insassen dieser «Baracken-Schweiz» verheerend. Auch die scheinbar privilegierten Arbeitnehmenden im Inland zahlten für diese Spaltung einen hohen Preis. Nach dem Ende der Hochkonjunktur in den achtziger Jahren konnten sie sich kaum gegen den zunehmenden Lohn- und Flexibilisierungsdruck in immer mehr Branchen und Berufen wehren.

Die Schweizer Gewerkschaften haben aus dieser Erfahrung ihre Lehren gezogen. Seit Anfang der neunziger Jahre treten sie konsequent gegen aufenthaltsrechtliche Diskriminierungen und für gleiche Rechte für immigrierte Arbeitnehmende ein. Dieser Paradigmenwechsel – weg von fremdenpolizeilichen Kontingentierungen hin zur Gleichberechtigung – prägt seither auch das Grundverhältnis zur EU: Mauern führen in eine soziale Sackgasse, Abschottung ist keine Option. Darum haben wir Gewerkschaften massgeblich dazu beigetragen, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU etabliert und an der Urne mehrfach bestätigt werden konnte.

Für uns Gewerkschaften – übrigens nicht nur hier in der Schweiz, sondern europaweit – war und ist dabei aber immer entschei-

dend: Die Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmenden darf von den Unternehmen nicht dazu ausgenutzt werden können, die Arbeitsmarktkonkurrenz zu verschärfen und damit die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Personenfreizügigkeit ist ein Grundrecht. Aber es ist nur zu haben, wenn gleichzeitig die Rechte der Menschen als Arbeitnehmende gestärkt und ihre Löhne und Arbeitsbedingungen effektiv geschützt werden. Ja, nicht nur die Personenfreizügigkeit in der Schweiz, sondern das ganze europäische Projekt hängt letztlich davon ab. Denn Lohndruck und Unsicherheit sind leicht für xenophobe Stimmungsmache auszunutzen und damit Wasser auf die Mühlen der nationalistischen Feinde Europas.

Die Betonung beim Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen liegt auf dem Wort effektiv. Denn es gibt einen grossen Unterschied zwischen «Recht haben» und «Recht bekommen». Rechte nützen wenig, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Die flankieren-

den Massnahmen schaffen in der Schweiz die Voraussetzungen dafür, dass das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort praktisch durchgesetzt werden kann. Dabei geht es nicht um bürokratischen oder gar protektionistischen Papierkram. Es geht um ein professionelles, präventiv wirksames und sanktionsfähiges Kontrollsystem, das den Arbeitsgesetz und Kollektivverträgen Nachachtung verschafft. Es funktioniert nicht, wenn diese Aufgabe in einer Einzel-falllogik den benachteiligten Individuen aufgebürdet wird (die Lohngleichheit für Frauen lässt grüssen). Es braucht vielmehr Arbeitsmarktbehörden, sozialpartnerschaftliche Institutionen und die Gewerkschaften.

Darum geht es in der aktuellen Auseinandersetzung um das Rahmenabkommen mit der EU: Soll das Kontrollsystem geschleift werden, das die Rechte der Arbeitnehmenden – und übrigens auch faire Bedingungen, also gleich lange Spiesse gerade auch für seriöse Arbeitgeber – gegen Dumping schützt? Die amtierenden FDP-Bundesräte sind offenbar dafür. Die SVP mit ihrer Initiative zur Abschaffung der Personenfreizügigkeit sowieso.

Wir Gewerkschaften sagen dazu Nein. Wir verlangen im Gegenteil: Das Schutzdispositiv für die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte muss den immer neuen Herausforderungen angepasst und verstärkt werden. Nicht nur hier in der Schweiz, sondern auch in der EU. Es geht keineswegs um eine Schweizer Extrawurst. Selbst ein Holzbauunternehmer aus Süddeutschland hat diese Woche in der Rundschau die angeblich unfair flankierenden Massnahmen der Schweiz verteidigt, da sie im Gegensatz zu Deutschland eine ungebremste Dumping-Spirale verhindern und Qualitätsarbeit ermöglichen. Wir führen diesen Kampf nicht gegen Europa, sondern Seite an Seite mit unseren europäischen Schwestergewerkschaften und allen sozialen Kräften für die Rechte der Arbeitnehmenden, gegen Lohndiskriminierung und prekäre Arbeitsverhältnisse.

Vania Alleva



Vania Alleva, 48, ist seit 2015 Präsidentin der Unia, der grössten Gewerkschaft der Schweiz. Alleva begann 1997 bei der Gewerkschaft Bau und Industrie zu arbeiten, leitete ab 2008 den Sektor Dienstleistungsbereufe der Unia und wurde 2012 Co-Präsidentin. Zuvor arbeitete sie als Journalistin, Lehrerin und Migrationsfachfrau.